

Zur Lage

Das schwere Bergwerksunglück in Schlesien, das etwa 150 Todesopfer forderte, ist die erschütterndste Nachricht dieser Woche, ja dieses Jahres. Denn so reiche Todesernte in den von Naturkatastrophen immer bedrohten Gebieten des Bergbaues gehört glücklicherweise zu den Seltenheiten. Der Ausbruch der Kohlenäuregase bei einer Steinprengung hat ein ganzes Revier betroffen mit etwa 200 Menschen, von denen sich nur wenige retten konnten. Seit dem Jahre 1925, wo sich Bergwerksexplosionen in Westfalen bei Dortmund ereigneten und ähnlich hohe Bergwerksopfer forderten, blieb der deutsche Bergbau von derartigen Katastrophen verschont, abgesehen von kleineren Unglücksfällen. Die Wenzeslaus-Grube in Schlesien im Waldenburger Bergbaugebiet geniesst zwar einen bösen Ruf. Vor einigen Jahren sind dort schon durch Kohlenäureausbrüche acht Arbeiter ums Leben gekommen. Im Anschluss daran sind gegen Grubendirektoren und Beamte Anklagen wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden, doch endeten diese Prozesse stets mit Freispruch. Die Kohlenäure, die aus den Hohlräumen und Tiefen in die Stollen der Bergwerke einströmt, bringt den dort Beschäftigten den Erstickenstod. In mehr als hundertfünfzig Familien ist durch dieses Unglück im Waldenburger Revier Trauer eingeleitet. Das deutsche Volk trauert um die Männer, die ein Opfer ihres Berufes wurden und bringt den betroffenen Familien herzliche Teilnahme entgegen.

Eine andere Katastrophe hat sich bei dem Wasserflugzeug der Deutschen Luftflotilla über der Ostsee bei Bornholm ereignet, bei dem fünf Personen den Tod fanden. Umso tragischer ist dieser Unfall, weil er sich bei den Rettungsmaßnahmen vollzog, als bei dem holländischen Motorhopper ein Schraubendefekt eintrat. Es konnten nur drei Personen des Flugzeugs D 864 gerettet werden.

In der Politik dieser Woche herrschte geräuschvoller Hochbetrieb, sowohl im Plenum des Reichstages selbst, als auch in den Ausschüssen, noch mehr aber hinter den Kulissen, zwischen den Fraktionen und dem Reichskabinett. Die Reichsregierung hat am Mittwoch allein drei Sitzungen gehalten, wovon eine sich bis Mitternacht ausdehnte. Es handelte sich darum, unter den Regierungsparteien eine Verständigung über die Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers zu erreichen. Außerdem wurden neue Gesetzentwürfe, so z. B. das Golddiscontbankgesetz, verabschiedet. Im Reichstag beschäftigte man sich mit dem Haushalt des Finanzministeriums, mit dem Brot- und Milchgesetz. In der Frage der Deckungsgesetze scheint sich nun eine Verständigung anzubahnen. Neu aufgenommen werden soll noch eine Kopfsteuer oder eine Bürgersteuer die von jedem Wahlberechtigten in Höhe von mindestens 6 RM erhoben werden soll und in ihrem Ertrag den Gemeinden zuzuführen würde. Ueberdies wird auf Forderung der Volkspartei der Höchstbetrag der Darlehen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung begrenzt. Die Demokratie fordert noch die Einführung einer Getränkeverzehrssteuer. Daneben stehen die Deckungsvorschläge der Regierung: Lebzugssteuer, Reichshilfe, Erhöhung der Einkommensteuer, Herabsetzung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent, Änderungen bei der Zigarettensteuer u. a., insgesamt ein Steuerbündel, das den Fehlbetrag im laufenden Reichshaushalt mit 485 Millionen decken soll. Leider muß angenommen werden, daß dies für das laufende Jahr noch nicht die letzten Steuererhöhungen sind, denn die Zahl der Arbeitslosen beträgt zu Anfang Juli nach der amtlichen Statistik 2 636 000 und im Sozialen Ausschuss des Reichstages hat man bereits von den Parteien der Linken Anträge auf Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge beraten, die einen Mehraufwand von 200 bis 800 Millionen beantragen. Die Regierung hat allerdings abgelehnt, da sie keinerlei Mittel zur Verfügung hat.

Zu der kommenden Woche dürften die Entscheidungen über das Deckungsprogramm fallen. Es gibt daran allerlei zu tadeln und deuten, aber letzten Endes müssen die Steuern und Mittel einfach aufgebracht werden.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat vor dem Reichstag zu Beginn der Woche sein Deckungsprogramm entwickelt, dem bis zum Herbst ein Reformprogramm folgen soll. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der Finanzminister in fünf bis sechs Wochen sein Steuerprogramm unter Dach und Fach haben als ersten Akt in der Reihe von Maßnahmen, die eine Sanierung der Finanzen, aber auch eine Entlastung der Wirtschaft bedeuten sollen. Auch die Notwendigkeit zur Sparhaftigkeit beim Staat selbst wurde von Dietrich unterstrichen, und es scheint durch die Parteibesprechungen Übereinstimmung zu bestehen, daß mindestens 100 Millionen am Reichshaushalt selbst eingespart werden müssen. Daß diese Sparmassnahme hartes Kopfschmerzen macht, gestand der Minister offen zu. Die Reform der Reichsfinanzen steht aber in engem Zusammenhang mit der Regelung der Gemeindefinanzen. Dr. Dietrich hat für die Gemeinden eine Getränkesteuer, eine Steuer auf öffentliche Betriebe und eine Bürgerabgabe angekündigt, die nun zum Teil in das neue Steuerprogramm hineinverarbeitet werden. Sehr erfreulich war, daß er für den Abbau der Gewerbesteuer u. der Hauszinssteuer eintrat. Letztere ist ja der größte Unfug neudeutscher Gesetzgebung, denn

die Mittel fließen zum größten Teil nicht dem Wohnungsbau, sondern den Verwaltungskosten der Länder zu.

Die Reichsregierung hat sich insbesondere auch mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigt, wobei Dr. Stegerwald erneut für den Wohnungs- und Straßenbau eine Lanze brach. Reichspost und Reichsbahn wollen ebenfalls zusammen eine halbe Milliarde für Arbeitsbeschaffung aufwenden, so daß etwa 300 000 Menschen für einige Jahre Beschäftigung finden könnten.

Was sich in den befreiten Städten des Rheinlandes in dieser Woche ereignete in Form von Verfolgung von Separatisten und Zerstörung und Bedrohung, ist höchst anstrengend, zumal auch zahlreich Unschuldige oder nur im Verdacht der Sonderbündelei Stehende davon betroffen wurden. Aber es ist erklärlich aus dem Volkszorn gegen jene separatistischen Kreise, die die Schutzhlinge Frankreichs waren und die in normalen Zeiten wegen Landesverrat ins Zuchthaus geschickt worden wären. Nun aber hat die im Haag vereinbarte Räumungsmassnahme Vergeltungsmassnahmen der Behörden ausgeschlossen. Gemeint waren damit die Separatisten, die immer in Beziehungen zu den Besatzungsbehörden standen. Daß es nun zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung kam, daran tragen die Franzosen die Schuld, denn die Schutzpolizei durfte erst im letzten Augenblick nach Abzug der Franzosen einrücken, sie war mit den örtlichen Verhältnissen nicht ohne weiteres vertraut. Briand hat darüber mit dem deutschen Botschafter Hoeß in Paris verhandelt und in Berlin ist der französische Botschafter bei Dr. Curtius gewesen. Briand selbst hat keinen leichten Stand und beklagt, daß die so ruhig vollzogene Räumung durch derartige Ausbrüche nachträglich gestört wurde, was namentlich in der französischen Innenpolitik gegen die Regierung ausgenützt wird.

Briands Friedenspolitik in allen Ehren. Auch Deutschland wird bis zum 15. Juli auf seinen Fragebogen zu V a n e u r o p a antworten. Diese Antwort wird die Bereitschaft zur Teilnahme an den für September in Genf geplanten Verhandlungen aussprechen, aber doch auch eine Reihe von Fragen und Bedenken formulieren. Allerdings wird dies nicht so deutlich wie bei Italien geschehen, denn Mussolini hat die Mängel in Briands Rundfrage und Plan offen aufgedeckt. Er fordert Abrüstung und Befestigung der Einteilung der europäischen Staaten in Sieger und Besiegte. Während man in ganz Europa damit beschäftigt ist, den Europa-Plan Briands zu überlegen und zu beantworten, während Deutschland schon heute, noch vor Ueberreichung seiner Antwort in einzelnen französischen Blättern angegriffen wird, weil seine Antwort nicht genügend entgegenkommend sei, war in der französischen Kammer wieder ein ausgeprägter Tag der militärischen Rüstungen und der Kriegsvorbereitungen. Die Regierung überreichte der Kammer einen Gesetzentwurf, in dem sie unter dem Titel der nationalen Verteidigung Zusatzkredite in der Gesamthöhe von 1126 Millionen Francs verlangt.

Preußens Ministerpräsident, der energische Dr. Braun, hat sich zu einem entscheidenden Schritt gegen die radikalen Parteien entschlossen. In einem Beschluß erklärt das preussische Staatsministerium, daß allen Beamten die Teilnahme an den Organisationen der Nationalsozialisten und Kommunisten, die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung verboten wird mit dem Hinweis darauf, daß künftig gegen jeden unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, der dem Verbot zuwiderhandelt, disziplinarisch eingeschritten wird. Begründet wird das damit, daß beide Parteien als Organisationen anzusehen sind, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist. Die Verschiedenartigkeit von Nationalsozialisten und Kommunisten hat den preussischen Ministerpräsidenten nicht verhindert, sie unter ganz gleichen Gesichtspunkten zu bekämpfen. Einfach ist die Frage nach der vom Erlaß zu erwartenden Wirkung dennoch nicht. Denn es gibt noch andere Prinzipien, die hier in Frage kommen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf Artikel 118 der Weimarer Verfassung, der besagt: „Jeder Mensch hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.“ Scheint nach diesem Artikel der Schritt der preussischen Regierung gegen die Verfassung zu verstößen, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Worte „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze“ eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung in sich schließen. Aber die Auslegung solcher Sätze wird zu allen Zeiten und in allen Ländern abhängig gemacht von Partei-Erwägungen und Machtverhältnissen.

Deutscher Reichstag

Bekleidungsgebung zum Grubenunglück

Berlin, 10. Juli.

Die Reichstagsitzung am Donnerstag wurde eingeleitet durch eine Trauerkundgebung für die Opfer der furchtbaren Grubenkatastrophe in Saundorf bei Neurode. Während die Sitzungsteilnehmer sich von den Blättern erhoben, sprach Präsident Eicke mit Worten herzlicher Anteilnahme der Opfer des Grubenunfalls und ihrer Hinterbliebenen. Er sprach dabei die Erwar-

tung aus, daß alles getan wird, um den durch die Katastrophe Betroffenen die nötige Hilfeleistung zu gewähren. Um diese Erwartung zu verwirklichen hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten Anträge auf Gewährung von Reichshilfe eingereicht. Auch von anderen Parteien waren entsprechende Anträge vorbereitet. Während der Präsident den Wunsch aussprach, alle diese Anträge sofort dem Haushaltsausschuss zu überweisen, wollten die Kommunisten sofort eine Debatte über das Grubenunfall entfehlen. Das konnte schließlich dadurch verhindert werden, daß auf Antrag des Zentrums die Hilfeleistungsanträge auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt wurden.

Vom Geschäftsordnungsausschuss lagen Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten vor. Beim Grafen Westphal handelt es sich um einen Beleidigungsprozess. Er soll bei der Kritik des Verhaltens des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des preussischen Innenminister Erzelsinski und des Reichsinnenministers Severing zum Volksbegehren die Grenzen des Zulässigen überschritten haben. Es wurde unter allgemeiner Beileidigkeit der Strafverfolgungsantrag einstimmig abgelehnt. Die weiteren Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Auf der Tagesordnung stand nur noch die Schlussabstimmung zum Protokoll. Die Annahme des Antrages der Wirtschaftspartei auf Streichung der Vorschrift über die Gewichtsanabe nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Franken zum Anlass, um zu erklären, daß nunmehr die Sozialdemokraten das ganze Gesetz ablehnen würden. In der namentlichen Abstimmung wurde dann das Protokoll mit 212 gegen 198 Stimmen bei 11 Stimmenthaltenen, endgültig angenommen. Daneben haben neben den Sozialdemokraten und Kommunisten auch einige Demokraten und Zentrumsabgeordnete gestimmt.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht neben kleineren Vorlagen auch die Beratung des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungsanforderungen.

Die Deckungsvorlagen im Ausschuss

Ein Junctim

Berlin, 10. Juli. Der Steuerausschuss des Reichstages trat in die Beratung der Deckungsvorlagen (Reichshilfe, Einkommensteuerausgleich, Lebzugssteuer, Ergänzungsgesetz) ein.

In der allgemeinen Aussprache führte Abg. Torgler (K.) aus, die Reichshilfe der Beamten sei unsozial.

Abg. Schneider (Dem.) ist ein Antrag eingegangen, von der Reichshilfe diejenigen Behördenangestellten frei zu lassen, die der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärte, die Regierung habe sich bemüht, Härten für die Behördenangestellten zu vermeiden. Es blieben die Anstellungen bis zu einem jährlichen Arbeitslohn von 3255 Reichsmark von der Reichshilfe befreit.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) erklärte, die Haltung seiner Freunde zu den einzelnen Vorlagen bedeute noch keine Zustimmung für die Stellungnahme zum gesamten gegenwärtigen Deckungsprogramm.

Abg. Dr. Rademacher (Dn.) führte aus, eine Gesundung der Finanzen könne erst eintreten bei einer völligen Abkehr von der jetzigen Ausgabenwirtschaft. Es habe keinen Zweck, durch immer neue Teilvorlagen ein Loch nach dem andern zuzustopfen. Was jetzt vorgelegt würde, sei ein Flickwerk, zu dem die ablehnende Haltung der Deutschnationalen bereits im Plenum begründet worden sei.

Abg. Dr. Hoff (Dn.) erklärte kurz, die Deutsche Volkspartei betrachte das Deckungsprogramm als Ganzes und könne den Einzelvorlagen nur zustimmen, wenn die gestern vorgelagerten Ergänzungen durchgeleitet werden.

Abg. Dr. Föbe (Z.) führte aus, das Zentrum stehe dem vorliegenden Entwurf wohl gegenüber, aber es wünsche, daß die Finanzen schnell in Ordnung gebracht werden. Der bringende Wunsch, diese Aufgabe mit parlamentarischen Mitteln zu lösen, sei bestimmend für das Zentrum, die schwereren Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage zurückzustellen.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte: Die Gesundung der Wirtschaft, verbunden mit der Minderung der Lasten für die Arbeitslosenversicherung sei nicht ausichtslos, wenn jetzt die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Diese Gesundung der Wirtschaft ist aber nicht möglich, wenn jetzt die Deckungsvorlagen abgelehnt werden. Die Verantwortung fällt dann auf diejenigen, die die Annahme unserer Vorlagen verhindern. Die Finanzwirtschaft können wir nicht verlieren. Die Regierung will gar nicht künstlich ein Junctim machen. Das Junctim ist durch die Natur der Dinge gegeben. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die Verwirklichung der Obhilfe und der anderen großen Vorlagen ist nicht möglich, wenn die Reichskassen leer sind. Die Leere der Reichskasse ist das stärkste Junctim, das möglich ist. Es wird immer gesagt, die Reichsregierung wolle die Sache mit Gewalt machen. Nein, sie will die Sache mit Ihnen machen. Wenn die Deckungsvorlagen abgelehnt werden, wenn die Arbeitslosenversicherung zusammenbricht und das Land durch Unruhen erschüttert wird, dann wird das Volk den Reichstag verantwortlich machen für das durch sein Versagen entstandene wirtschaftliche Chaos.

Abg. Keil (S.): Wir sind bereit zur Mitarbeit an der finanziellen Sanierung des Reiches. Wir erwarten aber Auskunft auf die Frage, ob das Reich sich seiner Verantwortlichkeit für die Erwerbslosen zu fassen, für die Zukunft entscheiden will. Das wäre schon der Fall, wenn die Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung aufgehoben oder auch nur befristet wird.

Ein sozialdemokratischer Antrag, sofort einen Unterausschuss einzusetzen, dem bis Anfang nächster Woche durch die Regierung das Programm der Ersparnisse für den Haushalt 1930 vorgelegt werden sollte, wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Paragraf 1 des Reichshilfengesetzes wurde darauf mit 12 gegen 7 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Einpruch des Reichsrats

Einpruch des Reichsrats gegen das Amnestiegesetz
 Berlin, 10. Juli. Bei der Eröffnung der heutigen Reichsrats-Sitzung bedachte der Vorsitzende Staatssekretär Joel der fürstlichen Stubenkatzen im Waldenburger Bergland gegen das neue Amnestiegesetz wurde von der preussischen Regierung Einspruch erhoben. Für den Einspruch wurden 28 Stimmen dagegen 28 Stimmen abgegeben. Vorher war mit 50 gegen 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen dahin entschieden worden, daß bei dem verfassungswidrigen Charakter des Amnestiegesetzes eine Stimme über ein Drittel der Stimmen zur Erhebung des Einpruchs genüge. Damit hat also der Reichsrat Einspruch gegen das Amnestiegesetz erhoben und der Reichstag wird sich noch einmal damit zu beschäftigen haben.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die öffentlichen Kreditanstalten stellen 200 Millionen zur Verfügung

Berlin, 10. Juli. Die Spitzeninstitute der kommunalen und anderen öffentlichen Kreditanstalten, die Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunalkasse und die Deutsche Landesbankenzentrale AG, haben in einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zur finanziellen Mitarbeit im Rahmen des geplanten Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Finanzierung von Wohnbauten und zur Beschaffung effektiver Wohnbaubausparnisse erklärt und entsprechende Vorarbeiten unterbreitet. Danach gäben die Spitzeninstitute, mit Hilfe der Sparkassen und der Wöhrbankkassen den zur Finanzierung des öffentlichen Wohnbauprogramms erforderlichen Gesamtkredit in Höhe von 100 Millionen Mark beschaffen, bzw. die erforderlichen Zwischenkredite bereitstellen zu können. Die Deutsche Girozentrale und die Deutsche Landesbankenzentrale erklärten sich bereit gemeinsam mit den angeschlossenen Kreditanstalten zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms die erforderlichen Mittel in Straßen- und Wohnbaubausparnisse im Rahmen von je 100 Millionen Mark, also insgesamt 200 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und durch dieses Angebot die sachliche Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu erleichtern.

Die Baumschulenbesitzer

Tagung des Bundes deutscher Baumschulbesitzer

Stuttgart, 10. Juli. Der Mittelpunkt der Tagung war die öffentliche Hauptversammlung im Konzertsaal der Liederhalle. Der 1. Vorsitzende, Baumschulbesitzer S. Sols-Coswig (Sa.) begrüßte eine große Zahl von Ehrengästen. Direktor Dr. Ströbel sprach für die Württ. Landwirtschaftskammer, den Landw. Hauptverband und den Württ. Landesverband landw. Genossenschaften. Von den 85 000 Hektar Obstlandereien des ganzen Reichs fallen allein 36 000 Hektar, also 40 Prozent auf Württemberg. 1929 habe Württemberg allein 4,3 Millionen Liter Obst geerntet. Von den beiden Hauptfragen des Obstbaus, Qualitätsbau und Absatzfrage, sei die erstere in die Hände der Baumschulbetriebe gelegt. Das Ziel seien wenige und hervorragende Sorten. Die Zukunft des Obstbaus liege in der Baumjugend. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die selbstberga verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft dazu führen möge, daß der Bedarf des deutschen Volkes an Obst bald ausschließlich mit deutschen Erzeugnissen gedeckt werden könne. Der 1. Vortragende, Gartenbaudirektor Rudolf Lehner, Berlin-Wiesdorf, gewährte in seinen Ausführungen einen Einblick in die wichtigsten Arbeiten und Ziele des Bundes. Der BdB hat scharfe Qualitätsbestimmungen für Baumschulenerzeugnisse aufgestellt. In der Frage des Verkaufs von Obstbäumen auf Märkten liegt nunmehr endlich der Antrag auf eine Abänderung der Gewerbeordnung in Paragraph 88 als Gesetzesvorschlag im Reichstag vor. Der Deutsche Obstbau und die deutschen Baumschulen erwarten, daß derselbe recht schnellst Geseh werden möge.

Ueber „Baumschulwesen und pädagogisches Hochschulstudium“ sprach Prof. E. Kauer-Berlin-Dahlem. Die Anerkennung des Berufs habe in der Vergangenheit unter dem Mangel an Einkunft gelitten. Jetzt sei die Forderung nach einer selbständigen Gartenbauhochschule erfüllt. Die Landw. Hochschule in Berlin habe eine selbständige Abteilung für Gartenbau und Gartengestaltung geschaffen, die in Personalunion mit dem Institut in Dahlem steht. Im Gartenbau sei wissenschaftliche Durchbildung, in der Gartengestaltung künstlerische und technische Durchbildung in Verbindung mit der Technischen Hochschule die Aufgabe. Nach bestandener Hauptprüfung nach 6 Semestern wird der Titel Diplomärter verliehen. Den Studierenden stehen verschiedene Wege der Spezialisierung offen.

Landwirtschaftliches

Förderung u. Gründung von Ortsviehversicherungsvereinen

Die in den letzten Jahren vor allem durch Gewährung von Beiträgen aus öffentlichen Mitteln unterstützten Bemühungen der Behörden um das Zustandekommen neuer oder um die Erhaltung bestehender Ortsviehversicherungsvereine haben zu dem Erfolg geführt, daß in über einem Drittel sämtlicher württ. Gemeinden Ortsviehversicherungsvereine ihre gegenständige Tätigkeit entfalten. Da die Ortsviehversicherungsvereine durch die aus öffentlichen Mitteln gewährte Entschädigung der offen tuberkulösen Kinder, die früher den größten Schadensfaktor gebildet haben, ganz wesentlich entlastet werden, ist anzunehmen, daß jetzt die Hemmungen, die der bei der heutigen Notlage der Landwirtschaft dringend notwendigen Gründung von Ortsviehversicherungsvereinen bisher entgegenstanden, auch in den noch abliefs stehenden Gemeinden bei einigem guten Willen leicht überwunden werden können. Der Verwaltungsausschuß der Zentralkasse der Viehbesitzer hat deshalb in seiner Sitzung vom 22. Mai 1930 beschlossen, der- jenseitig vom 1. Juli 1931 ab einzelnen Tierbesitzern außerordentliche Unterstützungen nur noch dann zu gewähren, wenn in der betreffenden Gemeinde die Gründung eines Ortsviehversicherungsvereins nach übereinstimmendem Urteil des Schultheißenamts, des Oberamts und des Oberamtsrats nicht möglich ist.

Sarrafani kommt nach Schwenningen

Das ist ein Signal, das jeden angeht, Zirkus Sarrafani, der größte Zirkus Europas, die schönste Schau zweier Welten, wird in einigen Tagen auch in Schwenningen ein kurzes Gastspiel geben. Direktor Hans Stöck-Sarrafani hat es sich nach den Riesenerfolgen in Berlin und Mannheim nicht nehmen lassen, auf der Durchreise nach der Schweiz auch Schwenningen für einige Tage zu besuchen. Er kommt mit seinem ganzen, ungeteiltten Unternehmen, mit seinem Troß von über achthundert Menschen und fünfhundert Tieren aus allen Zonen. Er kommt mit seinem riesigen Zug von 200 Autolastzügen, mit seinem Riesenzelt, dem größten, das je konstruiert wurde, und das für zehntausend Menschen Platz bietet. Man wird in den Tagen des Gastspiels in Schwenningen Gelegenheit haben, eine Reise um die Erde in wenigen Stunden zu machen: alle fünf Erdteile ziehen in einer einzigen Vorstellung in der großen Halle an dem Beschauer vorüber mit all ihren Eigenheiten von Mensch und Tier, mit den besten Leistungen seiner Künste. Und man wird in einer grandiosen „Fata morgana“ eine märchenhafte Fülle von Licht, Farben und Frauenhöflichkeit erleben: sechzig ausgewählte Tänzerinnen verschiedener Länder im Rahmen einer großen orientalischen Pantomime. Und man wird endlich den Traum seiner Jugendjahre verwirklicht sehen: die Wild-West-Pantomime mit Cowboys, Cowgirls, tollkühnen Wild-West-Reitern, Lassowestern und eine Schaar echter Sioux-Indianer, die mit Kriegerern, Medizinmännern, Tänzern, Frauen und Kindern dem Beschauer ein echtes Stück nordamerikanischer Westens vorführen. Den Brennpunkt dieses ganzen ungeheuren Betriebes, dieser wandernden Stadt von Zelten und Automobilen, bildet der alleinig Eigentümer, Direktor Hans Stöck-Sarrafani. Auch ihn, der seit Jahren zu den populärsten Männern der Erde gehört, wird man in Schwenningen persönlich sehen können; allabendlich führt Direktor Hans Stöck-Sarrafani seine Elefantenherde persönlich vor. So stellt das Sarrafani-Gastspiel eine in Jahrzehnten nicht wiederkehrende Gelegenheit dar, die sich sicher niemand wird entgehen lassen wollen.

Aus dem Gerichtssaal

Die Raube des Entlassenen

Stuttgart, 9. Juli. Da der 48 Jahre alte auf dem Güterbahnhof in Stuttgart beschäftigte geschiedene Arbeiter Knoll Hans von Stuttgart sich ohne Grund gegen einen Obersekretär bei der Reichsbahn Kesselhoff benahm, wurde er entlassen. Um sich dafür an dem Obersekretär zu rächen, denunzierte er ihn bei der Reichsbahndirektion und bei dem Manne einer Kantinenpächterin, indem er behauptete, der Obersekretär habe mit der Kantinenpächterin Zärtlichkeiten ausgetauscht. Da diese Behauptungen jeder Grundlage entbehrten und von ihm nur aufgestellt worden waren, um dem Obersekretär einen auszuwecheln, wurde er wegen Meineids zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, da er diese Behauptungen in dem Ehescheidungsprozeß der Kantinenpächterin behauptet hatte.

Empfindlich gekränkter Raumwäcker

Stuttgart, 9. Juli. Wegen je eines Vergehens des Raumwäckers wurde der bekannte Stuttgarter Teppichhändler Döhl und der Stuttgarter Architekt Bohl nach mehrwöchiger Verhandlung von dem Erweiterten Schöffengericht Stuttgart zu der Geldstrafe von je 15 000 Mark verurteilt, da sie in 14 Einzelfällen teilweise mehrere tausend Mark Miets im Jahr unzulässig forderten.

Fahrflüchtige Tötung

Ulm, 10. Juli. Ein trauriges Geschehnis, das zwei Kinder mitten im Spiel vom Leben abberufen hat, stand zur Verhandlung. Angeklagt war der 54-jährige Spaltmaschinmeister Richard Graf von Ulm wegen fahrflüchtiger Tötung. Graf war mit seiner Spaltmaschine in einem Hof der Marktstraße beschäftigt. Kinder spielten im Sägemehl direkt unter der Maschine. Als Graf mit der Maschine rückwärts fuhr, wurden zwei Kinder, ein 13-jähriges und ein 5-jähriges Mädchen überfahren und getötet. Der Angeklagte bestreitet, daß ihn eine Schuld treffen könne, da er sich vor dem Anfahren umgesehen und gerufen habe: „Dacht ich ladre zurück“. Die Zeugenaussagen waren für den Angeklagten nicht ungünstig insofern, als eindeutig befunden wurde, daß der Angeklagte laut und vernnehmbar gerufen hat „Dacht ich ladre zurück“. Dem einen Kind wurde der Kopf vollständig zertrümmert und dem älteren ging das Kno über den Brustkorb. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete anstelle einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen auf 200 Mark Geldstrafe.

Dreifacher Brandstifter

Elmungen, 9. Juli. Vor dem Schwurgericht stand am Dienstag zum 2. mal der 30 Jahre alte verheiratete, in Heresheim geborene und in Elmungen bei Heresheim wohnhaft gewesene Gajst- und Landwirt Georg Glaser wegen dreier Verbrechen der Brandstiftung. Die erste Verhandlung hatte vor drei Monaten stattgefunden und mit einer Verurteilung geendet, weil Zweifel an der vollen Verantwortlichkeit des Angeklagten auftauchten. Der Sachverständige kam aber in seinem Gutachten zu der Überzeugung, daß es sich bei den Anzeichen des Ansetzens nicht um epizootische, sondern hysterische Anfälle gehandelt habe und eine Störung der Geistestätigkeit nicht in Frage komme. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts sprach das Schwurgericht den Angeklagten dreier Verbrechen der Brandstiftung schuldig und verurteilte ihn zu der Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus.

Buntes Allerlei

Nach eine Folge der Befragung...

Was sie zurücklassen
 (Aus dem amtlichen Zählungsmaterial.)

„Befragungsländer“ in der Rheinprovinz	3841
davon amerikanische Väter	1861
englische Väter	869
französische Väter	767
belgische Väter	199
farbige Väter	16
unbekannte Väter	20
Vom Reich besonders erbaute Befragungswohnungen, die jetzt frei werden	3293

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Knapper Sieg der englischen Regierung im Unterhaus. Der liberale Abänderungsantrag zur Steuervorlage, der fordert, daß die Ausgaben für neue technische Ausrüstungen industrieller Unternehmungen von der Einkommensteuer befreit würden, wurde mit 278 gegen 275 Stimmen abgelehnt. Die Regierungsmehrheit betrug also drei Stimmen. Die Regierung wurde gerettet durch vier Liberaler, die für sie stimmten.

Mutter und Kind verbrannt. Wie aus Bagnau bei Weiß-Schlochau gemeldet wird, brach auf einem Schmiedegrundstück ein Feuer aus, das sich mit außerordentlicher Schnelligkeit auf das benachbarte Gemeindegelände, in dem die Schmiedefamilie Zahn wohnte, ausbreitete. Zahn und seiner Frau gelang es, durch das Fenster den Flammen zu entkommen. Ihr drei Monate altes Kind war in dem brennenden Hause zurückgelassen worden. Bei dem Versuch, ihr Kind zu retten, fand Frau Zahn den Tod in den Flammen.

Hitzewelle in Amerika. Eine ungewöhnliche Hitze herrscht zur Zeit in Chicago und Umgebung. In einigen Städten wurden 39 bis 42 Grad Celsius gemeldet. Die heiße Temperatur hat innerhalb von zwei Tagen bereits 12 Todesopfer gefordert.

Handel und Verkehr

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 10. Juli

Zugelrieden: 6 Ochsen, 3 Bullen, 54 Jungbullen, 57 Jungrinder, 24 Rube, 200 Kälber, 367 Schweine, 1 Schaf, Unverkauft: 4 Ochsen, 24 Jungrinder, 20 Jungrinder, 10 Rube. Ochsen: ausgem. (54-57), vollk. (49-52). Bullen: ausgem. 50-51 (51-53), vollk. 46-48 (48-50). Jungrinder: ausgem. 55-57 (56-59), vollk. 48-53 (50 bis 54), H. (46-49). Kälber: feinste Rost- und beste Raut 73-76 (una), mittl. 59-69 (61-69) ser. (52-60). Schweine: über 300 Pfd. 57-59 (56-59), von 240 bis 300 Pfd. 58-61 (una), von 200-240 Pfd. 62-64 (63-64), von 160-200 Pfd. 62-63 (62-64), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. (60-62). Sauen (45-49). — Verkauf: Grocholz, Kälber und Schweine lebend, Ueberhand, Kälber und Schweine rubia.

Heilbronner Schlachtviehmarkt vom 9. Juli. Zufuhr: 4 Bullen, 10 Rube, 111 Kälber, 261 Schweine. Preise: Bullen 40 bis 50, Jungrinder 50-55, Rube 24-30, Kälber 56-71, Schweine 52-60 M. — Marktverkauf: Grocholz, Kälber und Schweine lebend.

Mannheimer Viehmarkt vom 10. Juli. Dem heutigen Kleinviehmarkt waren zugeführt: 54 Kälber, 18 Schafe, 630 Ferkel und Läufer, 338 Schweine. Besetzt wurden: für Schafe 49-50, Kälber 62-70, Schweine nicht notiert, Ferkel bis 4 Wochen 16 bis 23, über 4 Wochen 25-31, Läufer 33-43 M. — Marktverkauf: mit Kälbern rubia, langsam geräumt, Ferkel und Läufer rubia.

Wirtschaftliche Wochenrundschau

Börse. Die Börse lag in dieser Woche übermäßig ruhig und schwächer. Ohne Anregung auf politischen und wirtschaftlichen Gebiet zeigte die Börse fast kein Geschäft, was bei der markttechnischen Verfallung die Schwäche noch vergrößerte. Der Abbruch der Saarverhandlungen und die sich wiederholenden Ausschreitungen radikalster Elemente haben bestimmt. Dazu kam, daß die Börse und das Publikum sich immer wieder von neuem Ueberraschungen unerwarteter Art gegenüber sehen. Im Gegenlag zu den Aktienmärkten war der Rentenmarkt infolge ständiger Nachfrage für die verschiedensten festverzinslichen Lopen gut bebautet.

Geldmarkt. Die wirtschaftliche Depression spiegelt sich zum erstenmal in den Zwischenbilanzen der Großbanken auf Anfang Juli wieder. Sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passivseite sind die wichtigsten Bilanzposten zurückgegangen. Das Ausmaß ist zwar noch gering, aber symptomatisch. Die letzten Reichsbankausweise scheinen darauf hinzuweisen, daß auch der drahtlose Diskont noch nicht die Fälligkeit zwischen Geldmarkt und Notenbank herabsetzt hat, allerdings haben die Goldzuflüsse aufgehört. Die weitere Entwicklung kann sehr wohl eine neue Diskontierung erforderlich machen. Es kommt ganz darauf an, welches Ausmaß der zukünftige Zufluß an langfristigen Auslandsanleihen annehmen wird. Geht es in großem Umfang vor sich, dann wird die Reichsbank voraussichtlich Veranlassung nehmen müssen, den Abfluß kurzfristiger Auslandselder zu be- schränken.

Produktenmarkt. An den Produktenbörsen lag Weizen etwas schwächer. Dagegen ist das Roggengetreide weiter un- betrieblig. An der Stuttgarter Landesproduktionsbörse blieben Weizen und Stroh mit 6 bzw. 4 Mark pro Doppelcentner unverändert. An der Berliner Produktionsbörse notierten Weizen 290 (una), Roggen 177 (+ 3), Futtergerste 190 (+ 4), Hafer 165 (+ 9) Mark je pro Tonne und Weizenmehl 10.75 (- 0.25) Mark pro Doppelcentner.

Warenmarkt. In der Weltmarktlage ist eine Besserung nicht zu verzeichnen. In einer Einschätzung der internationalen Handelslage wird zum Ausdruck gebracht, daß die kritische Lage der Weltwirtschaft hervorgerufen sei durch die Erhöhung der Produktionsfähigkeit, die das Anwachsen der Bevölkerung über- steigt, durch die Erhöhung der Konsumabfrage und durch den Wunsch zahlreicher Länder auf Erlangung vollständiger indu- strieller Wirtschaft; ferner durch den Unterbedarf, der sich aus einer ersten Landwirtschaftskrise und durch Schließung von großer Absatzmärkte ergebe. Angesichts der Weltmarktlage wird eine Preisentwertung der deutschen Produkte zu einer unab- weisbaren Notwendigkeit.

Holzmarkt. Die Rundholzmärkte leiden weiter unter schwachen Abgabeverhältnissen. Die wenig befristende Lage am Schnitt- warenmarkt und die tubige Bauwirtschaft liegen keine Besserung der Kaufkraft aufkommen. Das Papierholzgeschäft ist gleichfalls gerins.

Rundfunk

Sonntag, 12. Juli: 6 Uhr Morgensymphonie, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Stunde der Jugend, 16.30 Uhr „Zwei Geschichten von der Schwäbischen Eisenbahn“, 18 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Sportnach- richt, 18.05 Uhr Vortrag: Indien, wie es war und ist, 18.35 Uhr Stunde der Arbeit, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Spanischer Sprach- unterricht, 19.30 Uhr Schallplatten-Rückblick, 20.15 Uhr Säng- erzeitung, 21.15 Uhr Vertikale Welle, 22.45 Uhr Nach- richt, 23.15 Uhr Tanzmusik

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Riefel'schen Buchdruckerei, Altenfeld.

